

Betrifft Gymnasium

Das Info für niedersächsische Gymnasien



Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Niedersachsen / Fachgruppe Gymnasien

Berliner Allee 16 · 30175 Hannover
Telefon: 05 11 / 33 80 4-0

März 2011

www.gew-nds.de

Kein Abitur an neuer Oberschule

Auseinandersetzungen über Oberschule und Gesamtschule gehen weiter

Nach den Sommerferien sollen in Niedersachsen die ersten neuen Oberschulen an den Start gehen. Aber anders als ursprünglich geplant werden sie keine eigene Oberstufe erhalten. Die Oberschule ermöglicht also keinen direkten Zugang zum Abitur ohne Schulwechsel. Eine Oberstufe an der Oberschule ist nur möglich, wenn gleichzeitig eine Gesamtschule geschlossen wird, die die Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe geführt hat. Es bleibt bei der Fünfüzigkeit als Gründungsvoraussetzung für neue Gesamtschulen. In Zukunft reichen aber 120 anstatt 130 Schülerinnen und Schüler als Mindestzahl. Für die Umwandlung von Haupt- und Realschulen in Oberschulen sind bis 2015 keine Mindestschülerzahlen festgelegt worden.

Oberschule Typ 1 und Typ 2

Die Schulgesetznovelle, die im März verabschiedet wird, führt die Oberschule als neue Schulform in zweierlei Gestalt ein: Typ 1 besteht aus einer mindestens zweizügigen verbundenen Haupt- und Realschule, Typ 2 bekommt zusätzlich einen Gymnasialzug, der mindestens 27 Schüler/innen umfassen muss. Für die Gründung einer Gesamtschule hingegen müssen fünf Züge nachgewiesen werden. Eine Begründung für die unterschiedlichen Zulassungsvoraussetzungen sind die Regierungen bisher schuldig geblieben. Die Juristen des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes des Niedersächsischen Landtages kritisieren die ungleichen Bedingungen, die sich neben der unterschiedlichen Zügigkeit

auch darin zeigen, dass die Oberschule ersetzende, die Gesamtschule aber nur Angebotsschule sein soll: „Im Zusammenhang mit § 106 NSchG stellt sich die Frage, inwieweit die unterschiedliche Behandlung von Gesamtschulen und Oberschulen im Hinblick auf Artikel 3 GG gerechtfertigt werden kann.“

Obwohl das Gesetz noch nicht verabschiedet ist und insbesondere auch die untergesetzlichen Regelungen fehlen, die in Form von Verordnungen und Erlassen verlässlich im Einzelnen festlegen, wie die neuen Schulen arbeiten sollen, diskutieren verschiedene Schulträger bereits, ob sie die Gründung einer Oberschule beantragen wollen.

Wie aus Berichten der Lokalpresse hervorgeht, denken Gemeinden in den Landkreisen und auch zahlreiche Leiter/innen von Haupt- und Realschulen, sie hätten die Chance, einen Gymnasialzweig zu erhalten. Verständlich, denn sie wollen bei zurückgehenden Schülerzahlen ihren Standort attraktiver und sicher machen. Bei den Lokalpolitikern spielt eine Rolle, dass im September Kommunalwahlen stattfinden. Sie werden überwiegend enttäuscht werden.

Gymnasialzweig nur bis Klasse 10

Die Erweiterung einer Oberschule um einen gymnasialen Schulzweig ist gemäß § 106 NSchG Abs. 3 (neu) „nur im Einvernehmen mit dem Schulträger des ansonsten von den Schülerinnen und Schülern zu besuchenden Gymnasien zulässig.“ Weiter heißt es im Absatz 8: „Die Genehmigung zur Errichtung und Erweiterung von Schulen ... kann auch (durch die Landesschulbehörde – d. Verf.) dann versagt werden, wenn nach den personellen, sächlichen und fachspezifischen Gegebenheiten die Erfüllung des Bildungsauftrags nicht gesichert ist.“ Die Konditionen für die Genehmigung des Gymnasialzweiges sind aus guten Gründen sehr restriktiv, so dass

Tarifrunde 2011

Am 14. Februar sind zum Auftakt der diesjährigen Tarifrunde ca. 450 tarifbeschäftigte Lehrkräfte und pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einen befristeten Warnstreik getreten. Sie folgten damit einem Aufruf der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Auf der zentralen Kundgebung bekräftigten die Streikenden die Forderungen der Gewerkschaften:



- Laufzeit bis 29. Februar 2012
- 50 € mehr als Sockelbetrag und eine anschließende Erhöhung der Gehälter um 3 Prozent. Im Volumen beträgt die Forderung ca. 5 Prozent.
- Verhandlungen zur Altersteilzeit
- Abschluss zur Eingruppierung der Länderbeschäftigten (Entgeltordnung) mit Verbesserungen vor allem für sozialpädagogische Fachkräfte (Erzieher/innen und Sozialpädagogen/innen)
- Abschluss eines Tarifvertrages zur Eingruppierung der Lehrkräfte (Entgeltordnung Lehrkräfte)

Auf der Kundgebung forderte der GEW-Landesvorsitzende Eberhard Brandt, dass die Entgelterhöhung zeit- und wirkungsgleich auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden müsse. Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise sei die Wirtschaftsleistung der Bundesrepublik Deutschland 2010 mit (voraussichtlich) 3,6 Prozent so stark gewachsen wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Für 2011 werde ein weiteres Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von mehr als 2 Prozent erwartet. Auch die Steuereinnahmen der Länder würden im laufenden Jahr um 14,2 Milliarden steigen.

Auf der zweiten Verhandlungsrunde am 24./25. Februar haben die Arbeitgeber noch immer kein Angebot vorgelegt. Sie fordern, die Gewerkschaften müssten erst einmal von ihren „unrealistischen und total überzogenen“ Forderungen Abstand nehmen. Die Arbeitgeber werden ihre Haltung nur ändern, wenn sie dazu gezwungen werden. Die GEW hat ihre Tarifbeschäftigten an den Schulen und Hochschulen Anfang März zu einem ganztägigen Warnstreik aufgerufen. Die letzte Verhandlungsrunde findet vom 9. bis 11. März statt. Weitere Informationen zur Tarifrunde unter: www.gew-tarifrunde.de

alle Fachleute davon ausgehen, dass es nur wenige Oberschulen als kleine KGS-Standorte (nichts anderes ist die Oberschule Typ 2) geben wird. Auch die Bildungspolitiker der Regierungskoalition betonen bei Diskussionen in den Landkreisen, dass Typ 2 die Ausnahme sein wird. Sie heben auch hervor, dass die Oberschule den Gymnasien keine Konkurrenz machen darf. Zweifelsohne werden auch diejenigen Eltern und Kollegien enttäuscht sein, die eine Oberschule Typ 2 bekommen und annehmen, diese Oberschule wäre etwas Ähnliches wie eine Integrierte Gesamtschule. Es ist zu erwarten, dass das gemeinsame Arbeiten an diesem Schultyp nicht prägend wirkt, sondern dass der Gymnasialzweig von der Haupt- und Realschule abgespalten wird. Anhänger/innen der Theorie, dass man Kinder von zehn Jahren „begabungsgerecht“ auf unterschiedliche Schulformen verteilen sollte, finden das vielleicht gut. Sie vergessen dabei, dass im Gegensatz

zu einer vierzügigen IGS die Angebote einer Oberschule Typ 2 auf gymnasialem Niveau unattraktiver sein werden. Es wird kaum möglich sein, mehr als eine zweite Fremdsprache anzubieten. Sowieso wird es schwierig werden, in einer isolierten Gymnasialklasse ein gutes Gymnasialangebot zu gewährleisten. Das Gesetz schließt aus, dass an eine Oberschule die Qualifikationsphase der Sek II angebunden werden darf. Der Trend, dass Eltern eine Schule wünschen, die den gymnasialen Bildungsgang vorhält und damit den Weg zum Abitur wirklich öffnet, wird anhalten und sich auch im ländlichen Raum verstärken. Nur wenn eine Schule durch ihr Curriculum, ihr Fach- und Lernangebot, die Ausstattung und den Einsatz von Gymnasiallehrkräften eine Alternative zum Kreisgymnasium bietet, werden Eltern sich für diese Schule entscheiden, deren Kinder ohne Schwierigkeiten ein Gymnasium besuchen können. Nur unter dieser Voraussetzung bleiben genügend

Schüler/innen in einer Schule, die neben dem Gymnasium besteht. Dies kann weder der Oberschultyp 1 noch der Oberschultyp 2 leisten. Die GEW sieht die Gymnasien durch die Einführung der Oberstufe nicht gefährdet. Sie wendet sich gegen Gymnasialformate in Minigröße, da diese für die Schüler/innen nicht förderlich sind und in vielen Fällen nur über (Teil-)Abordnungen fachlich angemessen mit Lehrerstunden auszustatten wären. Die GEW bleibt bei ihrer Forderung, dass die Regierungskoalition ihre Diskriminierung der IGS aufgeben muss. Dazu müssten vierzügige, im Ausnahmefall dreizügige Gesamtschulen zugelassen werden, in denen die Verpflichtung auf das Abitur nach zwölf Jahren aufgehoben wird. Der teilweise gebundene Ganztags mit zusätzlichen Lehrerstunden und beim Land eingestellten Sozialpädagogen/innen steht allen Schulen zu. Die Klassenfrequenzen müssen für alle Schulformen gesenkt werden. *betrifft gymnasium*

G 8 verliert fast 20 Prozent der Schülerinnen und Schüler Der Kultusminister redet das Problem klein

Der erste Jahrgang, der das Abitur nach zwölf Jahren absolvieren soll, hat im elften Jahrgang niedersachsenweit 18,4 Prozent seiner Schülerinnen und Schüler verloren. Im Sommer 2009 sind 23.004 G 8-Schülerinnen und -Schüler in der elften Klasse gestartet, zum Abschlussjahrgang 12, für den im März 2011 das Abitur beginnt, sind ein Jahr später im Juli 2010 nur noch 18.762 Jugendliche angetreten. Diese Zahlen nannte Kultusminister Althusmann am 21. Januar im Niedersächsischen Landtag in einer Antwort auf eine mündliche Anfrage der bildungspolitischen Sprecherin der Landtagsgrünen Ina Korter.

Umfrageergebnisse von dpa bestätigen die Zahlen. Der Jahrgang 12 habe für alle städtischen Gymnasien in Hannover insgesamt 994 Schülerinnen und Schüler, berichtet die Schuldezernentin Marlis Drevermann. Vor einem Jahr, im Jahrgang 11, waren es noch 1.246 Schülerinnen und Schüler. 252 Jugendliche seien „verschwunden“. In Braunschweig hat der Doppeljahrgang auf dem Weg ins Abiturjahr 271 Schülerinnen und Schüler der einstmaligen 1.836 verloren. Eine ähnliche Tendenz zeige sich in Salzgitter und Wolfsburg. „Von einer Flucht kann sicher nicht die Rede sein, aber der Trend ist eindeutig“, sagte

der Sprecher der Stadt Salzgitter. Von insgesamt 315 Schülerinnen und Schülern wiederholten an den drei ansässigen Gymnasien 74 dort die

hier recht hohe Zahlen. Eine weitere offene Frage ist zudem, wie viele Schülerinnen und Schüler im März nicht zum Abitur zugelassen werden.



Klasse 12. Die Landkreise Lüneburg und Aurich und die Städte Wilhelmshaven und Oldenburg konnten laut NDR den Trend nicht bestätigen.

Zu bedenken ist zusätzlich: Die o. g. Daten erfassen noch nicht die Schülerinnen und Schüler, die im laufenden Schuljahr freiwillig zurückgetreten sind oder zurücktreten mussten, weil die Zeugnisnoten im Dezember eine Zulassung zum Abitur gefährden. Berichte aus Schulen nennen auch

Kultusminister Althusmann: „Panikmache“

Wie bereits im letzten Jahr versuchten die Verantwortlichen, in der Landtagsdebatte die Probleme klein zu reden. Die Berichte zu schlechteren Noten und höheren Wiederholerquoten wies Kultusminister Althusmann als Panikmache zurück. Die Schülerzahlen seien zwar tatsächlich zurückgegangen, er sehe den Auslöser aber nicht in der verkürzten Schulzeit. Die Noten hätten sich im Allgemeinen auch

nicht verschlechtert. Als mögliche weitere Ursachen für den Schülerschwund nannte er Auslandsaufenthalte, den Wechsel auf ein Fachgymnasium oder den Beginn einer Ausbildung. Ihm ist offensichtlich nicht bekannt, dass Auslandsaufenthalte in der Regel angetreten werden, bevor die Jugendlichen in den 11. Jahrgang eintreten. Einen Übergang aus dem 11. Jahrgang zum Fachgymnasium schließt die Oberstufenverordnung aus. Althusmann räumte Probleme beim Absolvieren des Lernstoffs in der um ein Jahr verkürzten Unterrichtszeit ein. Neue Lehrpläne habe es für bestimmte Fächer erst gegeben, als die G 8-Klassen bereits angelaufen waren. Teilweise habe auch Unterricht mit veralteten Schulbüchern stattfinden müssen.

Der Minister macht die Öffentlichkeit und die Lehrkräfte für die Probleme verantwortlich

Schuld an den Schwierigkeiten sei aber nicht die Schulzeitverkürzung an sich, sondern im Wesentlichen das Schlechtreden der Verkürzung in der Öffentlichkeit. „In einzelnen Schulen

und auch bei einzelnen Schülern führt dieses ständige Problematisieren, dass alles ganz schwierig ist, irgendwann zu dem Eindruck: Ich schaffe das nicht mehr“, so der Minister im Landtag. In Dienstbesprechungen mit Schulleiterinnen und Schulleitern habe die Überfrachtung der Kerncurricula nur eine untergeordnete Rolle gespielt. „Das legt für mich die Vermutung nahe, dass die kritisierte Stofffülle des Unterrichts weniger in den Vorgaben als in den Umsetzungsschwierigkeiten aufgrund der neuen Lehrplanart und der Veränderung bisheriger Unterrichtsgewohnheiten zu suchen ist.“ Abgeordnete der SPD und der LINKEN haben die Haltung des Ministers massiv kritisiert. Ina Korter von den Grünen warf Althusmann vor, sich in der Fragestunde des Landtags „weggeduckt“ zu haben. „Es ist unverantwortlich, dass die Landesregierung die Abflucht tatenlos hinnehmen will. Oder verbirgt sich dahinter die Auffassung, dass die betroffenen Schülerinnen und Schüler ohnehin nicht für Abitur geeignet sind?“, so Korter.

Die Fachgruppe Gymnasien der GEW

Niedersachsen hat seit Jahren auf die zu erwartenden negativen Folgen der unpädagogischen und überstürzten Umstrukturierung der Oberstufe hingewiesen. Die Kritikpunkte der Fachgruppe konzentrierten sich auf folgende Punkte: Veränderung ohne pädagogisches Konzept, Erhöhung der Stunden- und der Fächerauflagen, schlechte Ausstattung der Schulen (Lehrerstunden, Ausstattung, Ganztagsangebot), zu wenig Fortbildung und Unterstützung. Auf der diesjährigen Jahreshauptversammlung im Februar hat die Fachgruppe Gymnasien der GEW alternative Vorschläge zur Turbo-Verordnung in Niedersachsen diskutiert, die in der nächsten Ausgabe von *Betrifft Gymnasium* vorgestellt werden. Die Bundesfachgruppe Gymnasien der GEW tagt im September zwei Tage zum Thema „Zukunft der Sek II“. Henner Sauerland

(Die Debatte im Landtag um den Schülerrückgang ist unter folgendem Link vollständig dokumentiert:

http://www.landtag-niedersachsen.de/ltnds/live/admin/live.php?cms_id=598,96. Plenarsitzung, 21. Januar 2011, S. 12153 - 12175)

Schulpolitische Schnellschüsse

GEW lehnt bundesweites Zentralabitur und „Fremdkorrekturen“ ab

Um die Abiturprüfungen nach PISA in Deutschland vergleichbarer zu machen, haben sich neben Niedersachsen sieben Bundesländer darauf verständigt, gemeinsame Abiturprüfungen in den Fächern Deutsch und Mathematik zu entwickeln. „Im Anschluss an den doppelten Abiturjahrgang wollen wir in der Länderarbeitsgruppe mitarbeiten, die Wege hin zu einem bundesweiten Abitur entwickeln möchte“, so Niedersachsens Kultusminister Althusmann in der SZ. In einem Interview mit der NWZ vom 04.02. ergänzt er: „Es müssen zunächst zahlreiche, auch organisatorische Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dazu gehören z. B. das Abstimmen der Lehrpläne in den einzelnen Fächern, aber auch die Abstimmung der Termine für die Abiturprüfungen.“

Das Berliner Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) arbeitet im Auftrag der Kultusministerkonferenz (KMK), dessen Präsident Minister Althusmann ist, an Bildungsstandards für das Abitur, die allgemein beschreiben, was Schülerinnen und Schüler nach dem Abitur können müssen. Aus den angestrebten Fähigkeiten sollen standardisierte Prüfungsaufga-

ben entwickelt werden, die als Aufgabenpool den Ländern dann zur Verfügung stehen. Der Aufgabenpool könne frühestens in drei Jahren zum ersten Mal genutzt werden.



Marianne Demmer, die stellvertretende Bundesvorsitzende der GEW, kritisiert an den Bestrebungen zu einem Bundes-Abitur, dass das Einheitsabitur nicht als Antwort auf die PISA-Ergebnisse gelten könne, da es mit den Leistungen 15-Jähriger unmittelbar nichts zu tun habe. Man könne den Kulturföderalismus auf der einen Seite nicht mit unterschiedlichen Lehrplänen, Studentafeln usw. wie eine heilige Kuh behandeln, um auf der anderen Seite am Ende der Schulzeit eine einheitliche Messlatte anzulegen. Demmer erwartet, dass

das Zentralabitur pädagogisch Nachteile bringt, da es nicht auf regionale und aktuelle Entwicklungen sowie die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler eingehen kann. Es gebe keine empirischen Belege dafür, dass ein Einheitsabitur für die Lernergebnisse und die Kreativität des Schullebens etwas bringe. Der Versuch, ein bundeseinheitliches Abitur einzuführen, scheiterte bisher an der Notwendigkeit, dann auch Abiturtermine und Ferienzeiten vereinheitlichen zu müssen. Ein Blick in den langfristigen Sommerferienkalender zeigt, dass es nicht möglich sein wird, einen gemeinsamen Termin zu finden, der eine etwa gleich lange Unterrichtszeit in den Abschlussklassen garantiert.

Gleichzeitig plant das Kultusministerium in Niedersachsen (MK), „Fremdkorrekturen“ einzuführen. Beim schriftlichen Abitur soll das Korreferat z. T. von Lehrkräften fremder Schulen übernommen werden. Es soll jährlich von der Landesschulbehörde festgelegt werden, welche Schulen zusammenarbeiten. Die Zusammenarbeit organisieren die Schulen eigenständig. Da laut MK die Fremdkorrektur zum Ziel hat, den fachlichen Austausch zwischen den Korrigierenden zu fördern,

ist zu erwarten, dass der Zweitkorrektor eine vom Erstgutachter korrigierte und kommentierte Fassung vorgelegt bekommt und vor dem Erstellen der Gutachten ein fachlicher Austausch erfolgen kann. Ungeklärt ist bisher, ob in jedem Jahr immer alle Fächer in dieses Verfahren einbezogen werden sollen oder ob pro Abiturjahrgang bestimmte Fächer oder Fächergruppen festgelegt werden, die schulfremd kor-

referiert werden. Im mündlichen Abitur könnten in einem bestimmten Rhythmus (z. B. alle fünf Jahre) jeweils schulfremde Lehrkräfte den Vorsitz in Fachprüfungsausschüssen bestimmter zuvor festgelegter Fächer übernehmen. Eine vom MK eingesetzte Kommission erarbeitet zurzeit ein Konzept für das Abitur mit Fremdkorrekturen, das wahrscheinlich ab 2013 umgesetzt werden soll.

Die GEW lehnt Pläne für ein Bundesabitur ab, da es in Niedersachsen und auch anderen Bundesländern nach wie vor genügend hausgemachte Schwierigkeiten mit der Umsetzung der überfrachteten Kerncurricula in der Sek II und im Zentralabitur gibt. Neue Korrekturverfahren würden die Kolleginnen und Kollegen zusätzlich belasten und pädagogisch wenig bringen. *hs*

Frank Schirrmacher: Payback, München 2009

Es gibt Rezensenten, die schätzen Schirrmachers Buch, und es gibt Rezensenten, die wenig von „Payback“ halten. Einige werfen ihm vor, bereits Bekanntes nur zusammenzufassen, andere heben positiv hervor, dass der neueste Stand der Erkenntnisse gut gebündelt und mit klugen Gedanken verbunden werde. Warum wird an dieser Stelle auf „Payback“ verwiesen? Wir Alltagspraktiker wissen um den Sog, den der PC auslöst. Jüngere Schüler sind nicht zu halten, wenn es heißt, „wir gehen in den Computerraum“, ältere Schüler verlassen sich gern auf Wikipedia. Wie oft finden wir Übernahmen aus dem Internet und den Verzicht auf eigenständiges Erarbeiten von Sachverhalten oder Auseinandersetzungen mit kontroversen Vorlagen. Wie oft hören wir, wie wichtig Computerkenntnisse seien und dass diese noch immer zu wenig geschult würden; und wir wissen, wie schwierig es ist, dabei zu vermitteln, dass der Computer lediglich Hilfsmittel zur Lösung bestimmter Aufgaben und Fragestellungen ist. Das Wissen im Netz ist nicht altersgemäß didaktisiert wie in Schulbüchern und Unterrichtsvorlagen, also in weiten Teilen für Schüler unbrauchbar. Dennoch lebt die Illusion, wer „Computer kann“, der kann sich alles Wissen der Welt aneignen. Durch Schirrmachers „Payback“ lassen sich nun unsere Alltagserfahrungen auf weitere Aspekte beziehen und fundierter reflektieren.

Schirrmacher setzt sich mit den negativen Folgen von SMS, E-Mails, Tweets, Blogs Mobiltelefonen, Multitasking („Multitasking ist Körperverletzung“) usw. in Bezug auf schwindende Aufmerksamkeit, Lesefähigkeit und Konzentrationsfähigkeit auseinander, indem er die neueren Erkenntnisse von Psychologie und Hirnforschung aufnimmt. „Wir werden aufgefressen werden von der Angst etwas zu verpassen und von dem Zwang, jede Information zu konsumieren. Wir

werden das selbstständige Denken verlieren, weil wir nicht mehr wissen, was wichtig ist und was nicht“. Galt früher die Ideologie der Überlebenskraft des Tüchtigen (Darwinismus), so meint man heute ebenso ideologisch, dass es der Bestinformierte sei, der sich durchsetze. Suchmaschinen, vermeintlich das inzwischen wichtigste Medium für Informationsgewinnung, seien aber nach reinen Machtgesetzen strukturiert, denn Google verstärke massentaugliche Informationen, andere, womöglich relevantere, versenden ungelesen im Netz („page rank“). Am Beispiel der jüngsten Weltfinanzkrise macht Schirrmacher deutlich, dass ab einem bestimmten Zeitpunkt keine Menschen mehr am Hebel gesessen hätten, sondern nur noch Maschinen: „Es dachten die Computer, nicht die Menschen, und die begriffen nur noch die Resultate der Rechnungen, aber nicht, wie diese zustande kamen.“ Und langsam nähert sich Schirrmacher seinen zentralen Aussagen: Die Entwicklung gehe dahin, dass nur noch das existieren werde, was sich „computern“ lasse, „Es existiert nur noch, was die digitale Information liefert. Was nicht ins Innere des Rechnerhirns wandert, gibt es nicht und schließt sich aus der Gesellschaft aus.“ Teile der Medizin, Psychologie und Neurobiologie seien dabei, unser menschliches Verhalten lediglich nach Computersimulationen zu beurteilen. Was man dort nicht entdeckte, existiere nicht. Fest stehe: „Unsere Werkzeuge verändern nicht nur unsere Umwelt, vor allem verändern sie uns selbst.“ Jedes Mal, wenn wir uns im Internet auf die Suche nach Informationen begäben und etwas Brauchbares fänden, schütteten wir den Glücksstoff Dopamin aus. So entstehe „digitale Lust“, die uns in die Sucht führen könne.

Glücklicherweise verfällt Schirrmacher nicht in Resignation. Im zweiten Teil des Buches „Wie wir die Kontrolle

über unser Denken zurückgewinnen können“ zeigt sich besonders das seiner Darstellung zu Grunde liegende Menschenbild und er knüpft an der „Nichtperfektheit“ der Menschen an. Die „Fehlertoleranz“, die das menschliche Hirn entwickelt habe, sei die Voraussetzung für Phantasie und Freiheit. Menschen seien in ihrem Handeln nicht berechenbar, denn: wenn wir widersprüchliche oder unvollständige Informationen hätten, so müssten wir uns in unseren Entscheidungen auf Faustregeln, Intuitionen und Bauchgefühle verlassen und nicht auf „Algorithmen“! Er rekurriert auf die Notwendigkeit von Perspektivwechsel und eigenständigem Denken. „Wir müssen Wege finden, um dem Zwang von Berechenbarkeit, Vorhersage und Kontrolle zu entgehen.“ An einer Fülle von Beispielen verdeutlicht er diese Notwendigkeit. Der Computer könne keinen einzigen kreativen Akt berechnen, voraussagen oder erklären. „Kein Algorithmus erkläre Mozart oder Picasso oder auch nur den Geistesblitz, den irgendein Schüler irgendwo auf der Welt habe.“

Schirrmacher, für gewerkschaftsfreundliche Positionen nicht gerade bekannt, ist in seiner Darstellung manchmal etwas verwaschen. Es lohnt dennoch „Payback“ ausführlicher auszuloten, denn man kann didaktische Aspekte für die schulische Arbeit gewinnen: „Schulen müssen Computer als Instrumente integrieren, die Schüler nicht nur benutzen, sondern über die sie nachdenken müssen. Sie müssen erkennen lernen, dass die verführerische Sprache der Algorithmen nur Instrumente sind, dafür da, um Menschen Denken und Kreativität zu ermöglichen.“

Besonders lesenswert die Kapitel „Die Verwandlung des Menschen in Mathematik“, „Rezepte für das Zerlegen und Zubereiten von Menschen“, „Der digitale Darwinismus“ und „Die Zukunft der Bildung“. *Werner Fink*